

Vom Gründungsparteitag »DIE LINKE« Zur Einbettung der KMU in die neue Partei

aktuell
AUGUST

2007

8. Ausgabe

»Wir sind gekommen, um zu bleiben«

Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse und auch das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage. Das tun wir nicht in der Platitude, wie es unsere politischen Gegner gern darstellen – zurück zum gescheiterten Realsozialismus, so wie er war und indem wir alles verstaatlichen wollten oder keinen Platz für erfolgreiche, ökologisch und familienorientierte Unternehmen in unserem Denken hätten. Nein, so weltfremd sind wir nicht.

Lothar Bisky, Parteivorsitzender



nen und Rentner. Wir müssen aber auch die Interessen vieler linker Intellektueller vertreten. Und ich sage es ganz klar: Wir müssen auch die Interessen vieler kleiner und mittlerer Unternehmerinnen und Unternehmer vertreten, die leiden unter der Deutschen Bank nicht weniger als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und gestattet mir bei meiner Herkunft auch ganz klar zu sagen: Nach wie vor

muss die Chancengleichheit in Ost und West ein Schwerpunkt bleiben, gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West. Und das machen wir natürlich für die Ostdeutschen, aber auch für die Westdeutschen, weil der Osten zum Experimentierfeld für den Sozialabbau im Westen geworden ist. Wer den stoppen will, muss ihn zunächst im Osten überwinden, das bleibt unsere politische Aussage.

Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender

»Pluralität ist unser Erfolgsrezept«

DIE LINKE muss sich – nicht nur, aber auch – um die mittleren UnternehmerInnen bemühen und besonders um die Klein- und Kleinstunternehmer, die in der EU 97,8% aller Unternehmen ausmachen. Ernst Bloch hat der Linken einst zugerufen: »Kampflos, Genossen, habt ihr das Kleinbürgertum dem Faschismus überlassen«. Das darf den Linken nie wieder passieren. Darum haben wir in der PDS OWUS und dafür wollen wir in der neuen Partei nun auch die Arbeitsgemeinschaft »linke Unternehmer« gründen. Und bitte sagt es weiter: Bei uns sind Selbstständige, sind Künstler, die morgen Linke werden, Gewerbetreibende und Handwerker organisiert und können Mitglied werden. ... Und wir sind Unternehmer in der Tradition von August Bebel und Friedrich Engels, solche, denen es nicht so gut geht, weil Großbanken ihnen den Kredithahn abdrehen oder Konzerne durch untragbare Zulieferkonditionen das Überleben schwer machen. Und wir sind solche, denen es gut geht, und wir wissen, dass wir darum besondere Verantwortung haben für unseren Sozialstaat und für das Klima auf unserem Globus. Und die wissen, dass es mir als Unternehmer gut geht, wenn es auch meinen Mitarbeitern gut geht. Und dass Glück sozial teilbar ist – dort



wo Unternehmer und Arbeiter gemeinsam gegen Krieg und Massenarbeitslosigkeit kämpfen... Als linke Unternehmer sind wir freundschaftlich und plural mit allen unseren verschiedenen Strömungen. Das seht ihr auch daran: Unser Vorsitzender war lange und erfolgreich in schwieriger Zeit Rolf Kutzmutz, dem ich hier herzlich danke. Und ich habe das Glück, heute der Dachverbandsvorsitzende in viel besserer Zeit für die Linke zu sein. Pluralität ist unser Erfolgsrezept.

Diether Dehm, OWUS-Dachverbandsvorsitzender



Lothar Bisky (links) und Oskar Lafontaine

»Wir wollen die Verhinderung wirtschaftlicher Macht!«

Machtkontrolle ist das Kriterium der Demokratie, und Machtkontrolle war einstmalig auch das Kriterium des Liberalismus. Deshalb sagten die Väter des Neoliberalismus, des Ordoliberalismus einmal: »Wir wollen nicht die Kontrolle wirtschaftlicher Macht. Wir wollen die Verhinderung wirtschaftlicher Macht!« An dieser Stelle verbindet sich die politische Theorie des Sozialismus mit der des Liberalismus. Die Verhinderung wirtschaftlicher Macht ist auch eine Aufgabe der LINKEN. Und wenn wirtschaftliche Macht nicht zu verhindern ist, dann muss sie demokratisch kontrolliert sein, sonst haben wir keine demokratische Gesellschaft! Deshalb unterstützen wir – und hier greife ich das auf, was Gregor Gysi und Lothar Bisky gesagt haben: Die drei Millionen kleinen Betriebe, die weniger als zehn Beschäftigte haben und weniger als 10 Millionen Euro Umsatz, diese wichtigen Betriebe unserer Volkswirtschaft, sind unsere wichtigsten Ansprechpartner in der Wirtschaft, denn auch bei denen gibt es Ausbeutung und Selbstausbeutung. Deshalb lasst uns die kleinen Betriebe besonders pflegen.

Oskar Lafontaine, Parteivorsitzender

»Gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West«

Wir als Partei DIE LINKE müssen versuchen, im Schwerpunkt viele Interessen zu vertreten. Nämlich die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Angestellten. Aber auch die Interessen der Arbeitslosen, der Kranken und nicht zu vergessen der Alten, der Rentnerin-

Inhalt:

Unterwegs	2
LINKE + Privateigentum	
Diskutiert	3
MOMiG	
Rundum	4
Kraków ruft	

»Lob der Dialektik«

Diether Dehm, der Abgeordnete der Linkspartei, kümmert sich um den Klassenfeind. Er baut eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft für linke Unternehmen auf. Er kann von sich behaupten, dass er in Sachen Kapitalismuskritik den Takt vorgibt. ... »Monopoly, Monopoly, und die an der Schlossallee verdienen viel zu viel, sang der Barde Mitte der Achtzigerjahre und stürmte die Hitparade. Inzwischen hat Dehm so viele Lieder geschrieben, dass er allein davon leben könnte. ... Der Kapitalismuskritiker ist er dennoch treu geblieben. ... Und weil er der einzige Unternehmer in seiner (Bundestags)Fraktion ist, verfolgt er eine Mission: In der Partei baut er eine bundesweite »Arbeitsgemeinschaft Linker Unternehmer« (AG) auf. Ausgerechnet die kapitalismuskritische Linkspartei will so künftig den Klassenfeind einbinden – und das dialektische Kunststück vollbringen, der SPD nicht nur Gewerkschafter, sondern auch einige Selbstständige abzuzeigen. ...

(weiter Seite 4)

Im Visier von Häckern!

Wie wichtig ist Datenschutz?

Bis zum OWUS-Unternehmertreff mit Karsten Neumann, Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit in Mecklenburg-Vorpommern, hatten wir alle eigene Vorstellungen vom »typischen Hacker«. Trennen wir uns davon, denn 95 Prozent der »Angreifer« auf unsere Daten kennen wir von Angesicht! Erstaunlich diese Zahl. Wirklich? Wie ist es denn in unseren Unternehmen oder Arbeitszimmern um Datensicherheit und -schutz bestellt? Wer erhebt bei uns welche Daten, und wo und wie sicher speichern wir sie? Wer macht was mit Angaben unserer Kunden, Lieferanten, Mitarbeiter? Wer hat Zugang zu Büros und PC? Welchen Schaden würde der Verlust dieser Daten bedeuten?

Es ging beim Stammtisch um Sicherheitsziele im Unternehmen, technische Anforderungen und um die Aufgaben eines Datenschutzbeauftragten. Einhellige Meinung der Anwesenden: Ein Blick in die rechtlichen Regelungen ist angeraten. Ebenso Datenvermeidung und Sparsamkeit, klare Verantwortlichkeiten, Regelungen und Verträge zum Umgang mit Daten, Schärfen der Sensibilität aller Mitarbeiter für das Thema, besondere Vorsicht beim Übermitteln von Daten. Ein stets aktuelles Sicherheitskonzept ist die Mutter der Datensicherheit.

Doch was passiert woanders mit unseren Daten: Wenn Google die größte Sammlung aller Zeiten anhäuft, Adressenhandel blüht und niedrig fliegende Kameras Daten für die Ewigkeit und auf Vorrat anlegen?

(weiter im Rand Seite 3)

DIE LINKEN und das Privateigentum

Magdeburger »Stammtisch«



Hans-Werner Brüning



Frank Thiel

Selten zuvor hat die politische Linke in Deutschland die Rolle der Kleinunternehmer, Selbstständigen und Freiberufler so positiv gewürdigt wie auf dem Gründungsparteitag der LINKEN (siehe Seite 1). Die Delegierten Dr. Frank Thiel, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Magdeburger Landtag, und Hans-Werner Brüning, Fraktionsvorsitzender im Magdeburger Stadtparlament, berichteten aktiven linken Unternehmer/innen und Selbstständigen aus Sachsen-Anhalt über ihre Eindrücke, moderiert von der OWUS-Landesvorsitzenden Iris Gottschalk.

Das Verhältnis zwischen der LINKEN, ihrer Wirtschaftspolitik und dem Privateigentum an Produktionsmitteln ist durchaus nicht widerspruchsfrei. Linke Wirtschaftspolitik muss die Interessen sozial Ausgegrenzter, lohnabhängig und oftmals prekär Beschäftigter sowie Arbeitsloser in den Mittelpunkt stellen. Linke Unternehmer werden aus sozialer Verantwortung für eine solidarischere und friedlichere Welt Mitglied der Linkspartei und wünschen sich gleichwohl, dass diese ihr Privateigentum respektiert.

Die Meinung der Anwesenden war, dass die LINKE noch schärfer als bisher in der Parteiprogrammatik zwischen den verschiedenen Formen des Privateigentums an Produktionsmitteln differenzieren muss: Im Interesse der Bevölkerungsmehrheit sind mit ökonomischer Machtkonzentration verbundene politische Privilegien zu brechen. Supranationale, globalisierte Konzerne und die berüchtigten »Heuschrecken« des Finanzsektors sind die Verfechter neuer imperialistischer Kriege. Ihnen ist das Handwerk zu legen. »Wir stützen nicht die profitdominierte Kapitallogik großer Konzerne«, schrieb Dr. Frank Thiel bereits in der April-Ausgabe von »OWUS aktuell«.

Generell meinten alle Anwesenden: Der Weg zum demokratischen Sozialismus kann nur mit Eigentumsvielfalt verbunden sein. Ein ausgewogenes Verhältnis von öffentlichem und privatem Eigentum an Produktionsmitteln gehört nicht nur in eine kurze »Übergangsphase«, sondern ist ein organischer Bestandteil einer neuen, demokratischeren, friedlicheren und solidarischeren Gesellschaft. Und das öffentliche Eigentum bedarf demokratischer Kontrolle durch die Zivilgesellschaft. Nur so können zentrale Fragen der Daseinsvorsorge (Energie, Wasser, Verkehr, Wohneigentum, Schulen und Bildung, Krankenhäuser und Gesundheitswesen, Sport, Kultur usw.) im Interessen der Menschen gesichert werden. Die Privatisierung öffentlichen Eigentums hat sich als Irrweg erwiesen.

Im Ergebnis der Diskussion dieser Themen erklärten die anwesenden linken Unternehmer/innen, wirtschaftspolitische Aktivitäten der Linkspartei durch eigene Aktivitäten, Standpunkte usw. zu unterstützen. Die Entwicklung einer Arbeitsgemeinschaft »Linke Unternehmer« innerhalb der LINKEN findet die Zustimmung der Magdeburger.

Bernd Augustin

Keine Angst vor Krediten!

Berliner-Unternehmertreff

Als Kundenbetreuer der Investitionsbank Berlin (IBB) hatte ich über verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten für Klein- und Kleinstunternehmen im hiesigen Wirtschaftsraum informiert und für gelegentliche Kredite statt Einsatz von Eigenkapital geworben.

»Berlin Start« – ein Kredit für Unternehmen, die nicht länger als 3 Jahre am Markt sind. Für diese stellt die IBB Finanzierungsmittel bis 100.000 Euro über die Hausbanken bereit, wo auch die Antragstellung für das Darlehen-Programm erfolgt. Neben dem Darlehen wird eine Bürgschaft der Bürgschaftsbank Berlin Brandenburg beantragt und zur Absicherung des Darlehens bis zu 80 % eingesetzt. Eigene Sicherheiten müssen somit nicht vorhanden sein.

Alternativ gibt es die »KMU-Fonds«, auch aus der Produktfamilie »IBB Berlin INVEST« mit Darlehen bis 250.000 Euro. Hier aber müssen Investitionen in das Sachanlagevermögen (Maschinen, Geräte, Immobilien,...) getätigt und ab einem Finanzbedarf über 25.000 Euro Eigenkapital und eigene Sicherheiten erbacht werden, wobei das manchmal auch die finanzierten Investitionsgüter anteilig sein können. Bis zu 25.000 Euro verzichtet die IBB auf Eigenkapital und bankübliche Sicherheiten und verlässt sich auf das Unternehmenskonzept.

Doch warum eigentlich teures Geld bei der Bank aufnehmen statt Eigenkapital einzusetzen? Ganz einfach, je mehr Eigenkapital das Unternehmen investiert, desto unflexibler wird es im Bedarfsfall: Ohne Eigenkapital keine Auftragsvorfinanzierung, keine Abfederung von Umsatzeinbrüchen und keine Darlehen. Da der Wettbewerb immer stärker wird, muss man als Unternehmen immer flexibler reagieren, und das geht am schnellsten mit einer gesunden Eigenkapitaldecke. Doch wie kommt man an die richtige Finanzierung? Mit dem Finanzierungs-Check bietet die IBB Unternehmen ein Instrument, im heutigen Banken- und Förderdschungel anhand weniger konkreter Fragen eine Vorhabensbegleitung durch die IBB prüfen zu lassen. Wir Kundenberater können uns dadurch auf das Erstgespräch besser vorbereiten und vorab Rücksprache mit den betreffenden Fachabteilungen halten.

Finanzierungs-Check und weitere Informationen unter www.ibb.de. Einfach ausfüllen und per Post, E-Mail oder Fax zurückschicken. Ein Kundenkontakt erfolgt kurzfristig. Für Fragen stehen wir unter 030-2125 4747 zur Verfügung.

Uwe Niebuhr, Investitionsbank Berlin

Kommunale Vergabep Praxis für öffentliche Aufträge



Rathaus von Leipzig-Markkleeberg

Protokoll einer OWUS-Veranstaltung in Leipzig-Markkleeberg mit dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen und (erstmalig) Mitgliedern des Bauringes Markkleeberg:

Sachsens Vergaberichtlinien sind sehr umfangreich bis pe-nibel. Aber sie sind Grundlage für eine nachvollziehbare Vergabetätigkeit und nachweisbare Behandlung der Bieter. Ursächliches Problem: Billiganbieter und GU haben die meisten Aufträge bekommen. Einheimische blieben draußen.

Nach sächsischem Vergabegesetz muss ein Bieter jetzt 50 % Eigenleistung bringen, Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und die Einhaltung arbeitsrechtlicher Standards nachweisen, siehe auch Fertigungskosten, Lohn, Bedienung der Krankenkassen, Umgang mit Berufsgenossenschaft, Gewerbezentralregister.

Vergebende Kommunen haben die Möglichkeit, die Vergaben zu regionalisieren und in Fachlose aufzuteilen, so dass kleinere Bieter Chancen haben.

Die Kommune ihrerseits wird durch vier staatliche Kontrollorgane sowie Stadtrat in der wirtschaftlichen Vergabetätigkeit von Idee bis Zahlung kontrolliert.

Gute Informationspolitik und die Zusammenarbeit mit örtlichen Gewerbevereinen bieten Chancen für örtliche Bieter.

Vergaben können in der Kommune im Vergabeausschuss beraten werden und Ausschreibungen als auch vergebene Aufträge im Amtsblatt erscheinen. Abschlagszahlungen bei guter Arbeit sind möglich und stellen eine Hilfe für Auftragnehmer dar. Reparaturaufträge können zu 100 % in der Kommune bleiben.

In kleineren Kommunen ist oft die Arbeit über Planungsbüros notwendig, weil die Kapazität in der Verwaltung fehlt. Praktische Erfahrungen legte die Böhlener Bürgermeisterin Maria Gangloff vor.

Erfreulich, dass mit anlaufender Konjunktur die Bereitschaft zur Zahlung tarifgebundener Löhne zunimmt und sich das im Bieterprozess ausdrückt.

Die Nachhole-Diskussion mit dem verhinderten OB Dr. Klose ist für den 18. Oktober, 19.00 Uhr geplant. Da können die Informationen aus der Stadtverwaltung zur Vergabep Praxis im Finanzausschuss, Ältestenrat oder in einem speziellen Ausschuss und die gängige Praxis – Vergabe bei Neuvorhaben zu ca. 7 % an Markkleeberger Firmen, bei Reparaturen zu 40 % – weiter diskutiert werden. Die Mitglieder des Bauringes Markkleeberg sind selbstverständlich eingeladen.

In Zukunft brauchen wir eine Konsensgesellschaft. Die Sachinteressen aller Gewerbetreibenden sind über parteipolitische Grenzen identisch.

Herzlichen Dank an alle, die gekommen sind und lebhaft diskutiert haben. Kommt wieder und bringt noch jemanden mit.

Gerald Bindig

Reformen für Gründer – das MoMiG

1. Beschleunigung von Unternehmensgründungen

Hier wird häufig ein Wettbewerbsnachteil der GmbH gegenüber ausländischen Rechtsformen wie der englischen Limited gesehen, denn in vielen Mitgliedstaaten der EU werden geringere Anforderungen an Gründungsformalien und Mindeststammkapital gestellt.

a) Erleichterung der Kapitalaufbringung und Übertragung von Geschäftsanteilen

Das Mindeststammkapital soll von bisher 25.000 Euro auf 10.000 Euro herabgesetzt werden, um Gründungen insbesondere für Dienstleistungsgewerbe zu erleichtern. Um den Bedürfnissen von Existenzgründern, die am Anfang nur sehr wenig Stammkapital haben und benötigen (z.B. im Dienstleistungsbereich), zu entsprechen, bringt der Entwurf eine Einstiegsvariante der GmbH, die haftungsbeschränkte Unternehmungsgesellschaft (§ 5a). Es handelt sich dabei nicht um eine neue Rechtsform, sondern um eine GmbH, die ohne bestimmtes Mindeststammkapital gegründet werden kann. Diese GmbH darf ihre Gewinne aber nicht voll ausschütten. Sie soll auf diese Weise das Mindeststammkapital der normalen GmbH nach und nach ansparen.

Die Gesellschafter werden künftig individueller über die jeweilige Höhe ihrer Stammeinlagen bestimmen und sie dadurch besser nach ihren Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten ausrichten können. Bislang muss die Stammeinlage mindestens 100 Euro betragen und darf nur

in Einheiten aufgeteilt werden, die durch 50 teilbar sind. Der Entwurf sieht vor, dass jeder Geschäftsanteil nur noch auf einen Betrag von mindestens einem Euro lauten muss. Vorhandene Geschäftsanteile können künftig leichter gestückelt werden.

Geschäftsanteile können künftig leichter aufgeteilt, zusammengelegt und einzeln oder zu mehreren an einen Dritten übertragen werden. Rechtsunsicherheiten im Bereich der Kapitalaufbringung werden dadurch beseitigt, dass das Rechtsinstitut der »verdeckten Sacheinlage« im Gesetz klar geregelt wird. Eine verdeckte Sacheinlage liegt vor, wenn zwar formell eine Bareinlage vereinbart und geleistet wird, die Gesellschaft bei wirtschaftlicher Betrachtung aber einen Sachwert erhalten soll. Die für die Praxis schwer nachzuvollziehenden Vorgaben der Rechtsprechung zur verdeckten Sacheinlage sowie die einschneidenden Rechtsfolgen, die dazu führen, dass der Gesellschafter seine Einlage i. E. häufig zweimal leisten muss, werden zu Recht fast einhellig kritisiert. Der Entwurf sieht daher vor, dass die Gesellschafter künftig auch mit einer »verdeckten Sacheinlage« ihre Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft erfüllen können. Der Gesellschafter muss aber beweisen, dass der Wert der verdeckten Sacheinlage den Betrag der geschuldeten Bareinlage erreicht hat. Kann er das nicht, muss er die Differenz in bar erbringen.

(Teil 1)

Gerd Beck, stellv. Vorsitzender OWUS-Thüringen e.V.
GerdBeck-ZM@t-online

(Fortsetzung von Seite 2, Rand)

Darauf gab es keine erschöpfende Antwort; nur einen Vergleich, der wohl doch ein bisschen hinkt: Wir befänden uns datentechnisch heute an der Stelle wie die Automobil-Entwicklung Anfang des 20. Jahrhunderts: Es gab erste Autos, aber noch kein ausgebautes Autobahn- und Tankstellen-Netz und noch keine nationale und internationale STVO.

Dr. Irene Gebauer

Weitere Informationen:
Berliner Beauftragter für
Datenschutz und Informa-
tionsfreiheit: 030 13889-0,
mailto:mailbox@datenschutz-
berlin.de,
www.datenschutz-berlin.de

Modernisierung des GmbH-Rechts Referentenentwurf

Wenn das MoMiG in der ersten Hälfte 2008 in Kraft tritt, wird es die umfassendste Reform seit Bestehen des GmbH-Gesetzes sein – eine in sich geschlossene Novellierung des geltenden GmbH-Rechts, das sich an den Maximen orientiert: Flexibilisierung und Deregulierung auf der einen Seite, Bekämpfung der Missbrauchsgefahr auf der anderen. Vorgesehen ist ein Mustergesellschaftsvertrag für unkomplizierte GmbH-Standardgründungen. Wird er verwendet, muss der Gesellschaftsvertrag nicht mehr notariell beurkundet werden. Eine neue GmbH-Variante, die ohne Mindeststammkapital auskommt, erleichtert Gründungen zusätzlich. Um die Eintragung von GmbHs in das Handelsregister zu beschleunigen, wird die Eintragung auch dann erfolgen können, wenn staatliche Genehmigungen für den geplanten Gewerbebetrieb (noch) nicht vorliegen. Ergänzt wurden außerdem Vorschläge zur praxistauglichen Ausgestaltung des Rechts der Kapitalaufbringung. Schließlich werden ungeeignete Personen noch leichter von der Bestellung zum Geschäftsführer ausgeschlossen werden können. OWUS-aktuell wird in Fortsetzungen informieren.

Termine:

28.08., 19:00 Uhr,

ND-Bürogebäude, Firma »Mediaservice«, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Unternehmertreff – »OWUS unter sich«: Vorbereitung Mitgliederversammlung und AG-Bildung linker Unternehmer

30.08., 19:00 Uhr,

OWUS-Unternehmertreff, Hotel »ASCOT – Bristol«, Asta-Nielsen Straße 2, 14480 Potsdam: Die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte im Leitbild der LINKEN Brandenburgs; Diskussion mit Ralf Christoffers, wirtschaftspolitischer Sprecher der LINKEN im Landtag

15.9., 12:00 Uhr

Berlin - Alexanderplatz, Rotes Rathaus, bundesweite Demonstration: »Bundeswehrraus aus Afghanistan«

16.–23.9.

»WOCHE der Zukunftsfähigkeit« Ob Sie im Naturschutz aktiv sind, zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung informieren möchten, zu nachhaltigem Mobilitätsverhalten und Wirtschaften, zu eine Welt-Themen, ethisch-ökologischen Geldanlagen, dem demographischen Wandel oder Geschlechtergerechtigkeit. Ihre Veranstaltungsangebote bitte an www.wochedezukunftsfachigkeit.de oder GRÜNE LIGA Berlin, 030-443391-64 oder E-Mail week@grueneliga.de

26.10., 14:00 Uhr,

Erweiterter OWUS-Dachverbandsvorstand

18.10.2007, 19:00 Uhr,

OWUS-Beratung mit OB Dr. Bernd Klose, Markkleeburg, Weißer Stern, Thema Örtliche Vergabepaxis

15.–16. November

b2d (BUSINESS TO DIALOG) Unternehmer-Kontakt-Messe, Velodrom, Berlin Geschäftsführer und Entscheider aus Berlin-Brandenburg treffen sich auf Deutschlands größter regionaler Mittelstands-Messe, um Geschäfte zu machen und Aufträge in der Region zu halten. Infos und Anmeldung unter www.dialogmesse.de oder 030-443 124 97

Lob der Dialektik

Fortsetzung von Seite 1

... Anfang nächsten Jahres könnte die neue AG in das Berliner Karl-Liebknecht-Haus einziehen. ... Im Herbst bricht Dehm zu einer Tournee auf, um Handwerker und Landwirte anzuwerben. Es geht nach Hessen und Niedersachsen, denn dort stehen 2008 Landtagswahlen an. ... Als PDS und WASG im Juni zur neuen Linken verschmolzen, beschlossen die Genossen in der OWUS, ... die Unternehmer-AG für die neue Partei aufzubauen. ... Unternehmertum und Sozialismus? Um diesen Widerspruch aufzulösen, will die AG lieber gar nichts mit Großunternehmen zu tun haben, sondern nur Kleinbetriebe aufnehmen: Friseure, Jobvermittler, Versicherungsmakler oder Rechtsanwälte zählen dazu. ... Neulich hat Dehm eine CD mit Gedichten von Bertolt Brecht produziert. Linksparteichef Oskar Lafontaine liest darauf das »Lob der Dialektik«.

Auszug aus WirtschaftsWoche Nr. 31, 30.7.2007

Den Großen gibt man, den Kleinen nimmt man

Dietmar Bartsch (MdB und Bundesgeschäftsführer der LINKEN) zur Zustimmung des Bundesrates zur Unternehmenssteuerreform

Banken und Konzerne können sich ab 1. Januar 2008 über jährliche Steuernachlässe in Milliardenhöhe freuen. KMU gehen zumeist leer aus. Im Aufschwung auf Steuereinnahmen zu verzichten, macht deutlich, dass es kein Interesse an einem nachhaltigen Aufschwung gibt. Starke Schultern können und sollen mehr tragen als schwache – dies ist für die Koalition kein Thema. Mit der Unternehmenssteuerreform haben SPD und Union die Umverteilung von unten nach oben weiter vorangetrieben: Milliardengeschenke an Großunternehmen auf der einen Seite und Mehrwertsteuererhöhung sowie Kürzung der Pendlerpauschale, des Kindergeldes und des Sparerfreibetrages auf der anderen Seite für Arbeitnehmer, Sozialleistungsempfänger und Rentner. Diese Umverteilung wird auch im Entwurf des Bundeshaushaltes 2008 sichtbar. Zu Lasten von Rentnern, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten soll der Haushalt saniert

OWUS – Mitgliederversammlung

Der Vorstand OWUS Berlin-Brandenburg e.V. beruft satzungsgemäß die ordentliche Mitgliederversammlung zur Wahl eines neuen Vorstandes zum 26.10., Beginn 16.00 Uhr, ND-Bürohaus, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin, mit folgender Tagesordnung ein:

1. Eröffnung, 2. Bericht des Vorstandes, 3. Finanzbericht, Schatzmeister, 4. Diskussion, 5. Beschlussfassung, 6. Wahl des Vorstandes, 7. Wahl der Vertreter zur Dachverbandskonferenz, 8. Schlusswort der/des neuen Vorstandsvorsitzenden

Vorschläge zur Kandidatur für den neuen OWUS-Vorstand bitte bis 28.09. an die Geschäftsstelle.

Impressum

Herausgeber: OWUS e.V., Vi.S.d.P. Renate Vehlow
Redaktion: C. Hempel, R. Vehlow
Geschäftsstelle: Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin, Fon: 030 - 24 009 563, Fax: 03327 - 73 20 90, kontakt@owus.de

Kraków ruft!

Für Unternehmerreise nur noch 7 Plätze frei



Die alljährliche, schon traditionelle OWUS Reise führt diesmal vom 21. bis 23. September mit dem Bus in die drittgrößte Stadt Polens. Diese Universitätsstadt ersten Ranges ist Industrie-, Wissenschafts- und Kulturzentrum des südlichen Landesteils. Viele Bauwerke der Gotik, Renaissance, des Barock und späterer Epochen prägen das Bild der einstigen Hauptstadt Polens. TuK hat OWUS-spezifisch ein Treffen mit polnischen Unternehmerinnen und Unternehmern organisiert und Ausflüge in die Hohe Tatra und das Salzbergwerk Wieliczka. Reiseanmeldungen wie immer bei »Touristik und Kontakt International« telefonisch unter 030-4233333 oder per Mail: tuk-berlin@derpart.de

werden. Steinbrücks Fahrplan zur Entschuldung: Wenn man die Kürzung der Ausgaben für aktive Beschäftigungspolitik bzw. noch restriktivere Maßnahmen gegenüber Hartz-IV-Bezieher nur schnell und konsequent genug vorantreibt, dann geht es diesem Land endlich wieder besser. Eine konsequente Einnahmeerhöhung zum Zwecke der Schuldenminderung durch eine gerechtere Steuer- und Abgabepolitik steht für SPD und Union nicht auf der Tagesordnung. Nach wie vor steht eine Reform der Erbschafts- und Vermögenssteuer aus.



Kunst trifft Politik!
 Peter Sodann, Diether Dehm und Oskar Lafontaine (v.l.n.r.)

Satz/Layout/Druck: typegerecht berlin GbR, Schönhauser Allee 36, KulturBrauerei · Haus 1, 10435 Berlin 030 - 48 49 62 43
Fotos: Renate Vehlow, Frank Schwarz
Red. Schluss: 20. August
 Zuschriften können bei Veröffentlichung sinngemäß redaktionell bearbeitet worden sein. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.